

Wir Steirer

Impressum: F.d.Lv.: FPÖ-Bezirkspartei Weiz, Lederergasse 12, 8160 Weiz,
Email: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95,
Bezirksparteibmann Patrick Derler

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

GLEISDORF
AUSGABE MAI 2021



Die **FPÖ Gleisdorf** wünscht einen

schönen
Sommer!



Liebe Gleisdorfer, liebe Gleisdorferinnen!



Ich lade sie zu Beginn auf eine kleine Zeitreise ein. Blicken wir ins Jahr 1919. Unsere junge Republik richtet sich gerade als moderner Staat ein. Wir schreiben den 03. April 1919. Unser Parlament beschließt mit dem sogenannten Habsburgergesetz die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen. Wörtlich heißt es dort: **„Alle Herrscherrechte und sonstige Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen sowie aller Mitglieder dieses Hauses sind in Österreich für immerwährende Zeiten aufgehoben.“**, sowie „In der Republik Österreich ist jedes Privatfürstenrecht aufgehoben“. Hier soll jetzt nicht weiter über das Haus Habsburg geschrieben werden. Wichtig ist: ganz offensichtlich wollte man damit klarstellen, dass keine Familie wie immer geartete Herrschaftsansprüche in Österreich einrichten kann. So, jetzt kommt's: springen wir wieder ins Jahr 2021 und erinnern uns an die Chatprotokolle innerhalb des türkisen Machtzirkels um den Kanzler der ÖVP. „Du bist Familie“, schreibt hier der amtierende Finanzminister an den amtierenden Vorstand der ÖBAG, der Holding, in der die Republik ihre Unternehmensbeteiligungen hält. „Du bist Familie“! Werden wir also wieder von einer Familie regiert, die ungeniert die Republik als ihr Herrschaftsgebiet betrachtet? Fast sieht es danach aus. Wer sich das Treiben an der Staatsspitze ansieht, muss mit Schaudern bemerken, dass hier jeder Anstand fehlt und es einzig und allein nur darum geht, sich und seine Freunderl, die „Familie“ eben, mit Macht, Einfluss und Pfründen zu versorgen. Es ist aber öffentliches Gut, das hier verteilt wird. Von uns erwirtschaftetes Steuergeld. Wir Bürger haben jedes Recht zu fordern, dass diese Umtriebe gestoppt werden. Dass Finanzminister und ÖBAG-Vorstand noch im Amt sind, ist eine Schande, die auf

Kosten der amtierenden Regierung geht. Jeder, der diesen Vorgängen die Mauer macht oder einfach nur wegsieht, sei er einfacher Nationalratsabgeordneter, sei er Bundespräsident, macht sich letztlich an diesen Zuständen mitschuldig. Politische Parteien haben die Pflicht, in ihren eigenen Reihen für die nötige Hygiene zu sorgen. Reine Karrieristen, denen es nur um den eigenen Geldbeutel geht, sind fehl am Platz. Gefragt sind Menschen mit Charakter, die am Gemeinwohl orientiert sind, nicht am persönlichen Eigennutz. Macht braucht Kontrolle, hieß einst der Slogan, der Bundespräsident Klestil ins Amt verhalf. Er ist zeitlos gültig.

Mit diesem Anspruch sind wir Freiheitliche angetreten, um auch bei uns in Gleisdorf ein scharfes Auge auf die Dinge zu haben. Wir haben daher in der letzten Gemeinderatssitzung am 12.04.2021 als freiheitliche Fraktion dem Rechnungsabschluss und der Eröffnungsbilanz **NICHT ZUGESTIMMT**. Für uns waren hier einige Dinge nicht nachzuvollziehen. Unter anderem gab es bei den Firmen, an denen wir beteiligt sind, eine überproportionale Steigerung um fast 900%! Dies entspricht aber definitiv nicht den Tatsachen! In der Stadtgemeinde Weiz gibt es zum Vergleich eine Steigerung um knapp 15%.

Damit bleibt zum Schluss noch das zu fordern, was wir aktuell leider nicht genug fordern können: die umfassende Wiederherstellung unserer bürgerlichen Freiheiten und die Aufhebung der „Corona-Beschränkungen“. Dieser Appell richtet sich ganz besonders an die Vertreter unserer Gemeinde und unseres Bezirkes im Parlament in Wien. Sie haben es im wahrsten Sinne des Wortes in ihrer Hand!

Ihr StPO GR Harald Lembacher



Wege finden – Arbeit schaffen, Unternehmen retten!

Seit mittlerweile mehr als einem Jahr leidet Österreich unter den schwarz-grünen Corona-Maßnahmen. Durch den Dauerlockdown sowie die vielzähligen, überschießenden und teils nicht nachvollziehbaren Corona-Restriktionen hat die Bundesregierung die heimische Wirtschaft in eine existenzielle Krise gestürzt. Zehntausende Steirerinnen und Steirer haben derzeit keine Arbeit, zahlreiche Unternehmen schlittern in den

Konkurs und etliche Existenzen stehen auf dem Spiel. Wenn seitens der politischen Verantwortungsträger nicht schleunigst entgegengelenkt wird, steuern wir auf eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Katastrophe zu.

Doch anstatt endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, erweist sich die schwarz-grüne Bundesregierung als Totengräberin der heimischen Wirtschaft. Auch die steirische Landesregierung übt sich als Ankündigungsriese und Umsetzungszwerg. So sind die in Aussicht gestellten Förderungen bisher bei den wenigsten betroffenen Menschen angekommen.

Es ist nun höchst an der Zeit, konjunkturbelebende Maßnahmen im Sinne der heimischen Unternehmer zu setzen und damit den wirtschaftlichen Aufbruch zu forcieren. Es braucht endlich konkrete Impulse, um die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Im Fokus aller Anstrengungen muss der Kampf gegen Pleitewellen und Massenarbeitslosigkeit stehen. Klare Perspektiven und wirksame Unterstützungsmaßnahmen müssen das Gebot der Stunde für alle Verantwortungsträger sein. Es müssen endlich Wege gefunden werden, um Arbeit zu schaffen und Unternehmen zu retten!

Ihr Landtagsabgeordneter Patrick Derler,
Arbeitsprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs und Bezirksparteiobmann der FPÖ Weiz

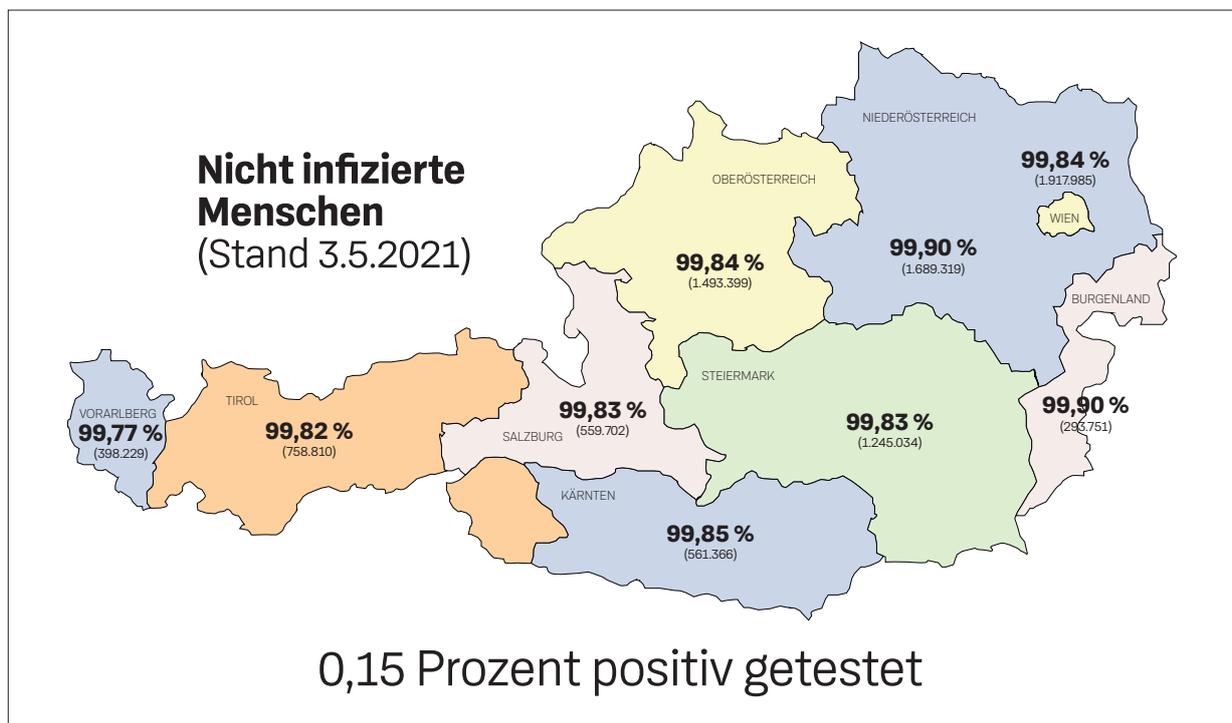




Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in die Reihe der fragwürdigen Maßnahmen dieser Regierung reiht sich jetzt auch der Begriff 3G (Geimpft, Genesen, Getestet) und der damit einhergehende grüne Pass.

Was diese Regierung aber vergisst, ist das 4te „G“, das nämlich für Gesund steht. Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, wie es damit im Moment in Österreich aussieht. Machen Sie sich selbst ein Bild.



Mehr oder weniger so hat es auch das ganze letzte Jahr ausgesehen und auf Basis dieser Zahlen hat diese Regierung beschlossen uns unsere Grundrechte abzuerkennen.

Natürlich sagen sie nicht 99,85% sind gesund, sie sagen auch nicht 0,15% sind positiv getestet. Nein, sie sprechen von z.B. 1400 neu Infizierten pro Tag. Wobei es in diesem Fall eher 1400 neu positiv Getestete pro Tag sind, von denen ein kleiner Teil wirklich erkrankt.

Auf jeden Fall bringen sie es immer so, damit sie eine maximale Verängstigung der Bevölkerung damit erreichen.

Jeder, der auf sich geschaut hat und gesund geblieben ist, hat jetzt also gelinde gesagt den schwarzen Peter, da er ja nicht zu den 3G gehört. Die Freiheit, die jedem von uns verfassungsmäßig zusteht, kriegen wir also nur zurück, wenn wir zu den 3G gehören.

Heißt also, man nötigt uns noch mehr zum sinnlosen Testen in der Hoffnung, dass es möglichst vielen zu dumm wird und diese sich impfen lassen. Das zeigt ja auch, dass der Großteil derer die sich impfen lassen dies nicht tut, weil sie Angst vor dem Virus hätten, sondern weil sie ihre Freiheit wieder haben wollen. Als Geimpfter muss man sich dann nicht mehr



testen lassen, obwohl man nach wie vor das Virus bekommen und es auch verbreiten kann. Wie auch einige Fälle in letzter Zeit zeigen, in denen der Ausgangspunkt für einen Cluster ein Geimpfter war.

Damit werden gleich mehrere Ziele erreicht:

- Unter Geimpften gibt es keine positiven Fälle mehr (da diese ja nicht mehr getestet werden)
- Geimpfte verbreiten unkontrolliert das Virus
- Nur mehr nicht Geimpfte sind positiv und demnach schuld an den Maßnahmen

- Der Druck auf nicht Geimpfte seitens der Bevölkerung steigt dadurch

Es ist also ein perfides Spiel, das hier von unserer Regierung getrieben wird. Als Gleisdorfer bestürzt mich besonders, dass unser Bürgermeister dieses falsche Spiel der Regierung gegen die Bevölkerung in seiner Funktion als Nationalrat mitträgt.

Jedem Bürger und jeder Bürgerin gehören die Grundrechte und Freiheiten, die uns zustehen umgehend und ohne Auflagen zurückgegeben. Jeder der sich impfen lassen will oder der weiterhin Maske tragen will, der soll das tun. Es ist sein gutes Recht. Allerdings ist es auch das Recht der anderen ihr Leben, ohne dies zu leben. Denn die Freiheit des einen endet nicht dort, wo die Angst des anderen beginnt.

Ihr GR Spörk Willibald



WEGE FINDEN **IMPULSE SETZEN**

- ARBEITSPLATZ- UND LEHRLINGSOFFENSIVE **STARTEN**
- **UNBÜROKRATISCHE** UND **RASCHE** BETRIEBSANSIEDELUNGEN
- WIRKSAME DIREKTFÖRDERUNGEN FÜR DEN **ERHALT VON JOBS**
- **REGIONALOFFENSIVE** FÜR LÄNDLICHE PRODUKTE UND HANDWERKER

„Nur so wird es gelingen, dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, eine Pleitewelle und soziale Konflikte zu verhindern.“



Mario Kunasek
FPÖ-Landesparteiobmann



Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12 · 8160 Weiz
T: 0316/ 70 72 – 95
E: weiz@fpoe-stmk.at



Kerstin Fasching
Bezirkssekretärin

Nicol Prem
Bezirkssekretärin

**LAbg. Vzbgm.
Patrick Derler**
Bezirksparteiobmann

Büro-Öffnungszeiten:
MI, von 08 Uhr bis 13 Uhr
und nach telefonischer
Terminvereinbarung.

Krisenvorbereitungen sind bis in die Gemeinden wichtig!



Das neue Jahr hielt gleich zu Beginn eine unangenehme Überraschung parat. Am 8. Januar schrammte Europa nur um Haaresbreite an einem flächendeckenden Stromausfall – einem sogenannten „Blackout“ – vorbei. Bereits im Jahr 2006 kam es zu einer derartigen „Großstörung“, also einem Stromausfall in länderübergreifenden Teilen Europas. Damals waren mehr als zehn Millionen Haushalte in Westeuropa vom Stromnetz getrennt. Um einer solchen Gefahr effektiv begegnen zu können, sind Vorbereitungen auf allen Ebenen unerlässlich. Quer durch die Steiermark werden die freiheitlichen Gemeinderäte Initiativen zur Blackout-Vorsorge in

den Gemeindestuben einbringen. Von Informationsveranstaltungen über die Förderung von Notstromaggregaten bis zu eigenen Blackout-Notfallboxen sollte so versucht werden, bestmöglich auf einen flächendeckenden Stromausfall vorbereitet zu sein. Damit Sie sich persönlich einen Überblick darüber verschaffen können, wie gut Sie für den Fall des Falles gerüstet sind, finden Sie auf der folgenden Seite eine kurze Übersicht der wichtigsten Vorbereitungsmaßnahmen und Gegenstände, welche Sie immer zuhause haben sollten.

Ihr
Mario Kunasek

BLACKOUT

Checkliste für den Ernstfall

Um für ein Blackout (längerer Stromausfall) gerüstet zu sein, ist ein ausreichender Vorrat von lebensnotwendigen Gegenständen unerlässlich. Der Vorrat sollte zumindest für 3 bis 4 Tage für die gesamte Familie reichen.

In einen sicheren Haushalt darf folgender Vorrat nicht fehlen:

- Getränke – min. 2l pro Person/Tag
- Lebensmittel – Konserven, Fertiggerichte etc.
- Körperpflege- und Hygiene-Produkte
- Toilettenpapier
- Zahnpasta
- Gut gefüllte Hausapotheke
- Erste-Hilfe-Koffer



Darüber hinaus sind folgende Vorbereitungen wichtig:

- Kochmöglichkeit (z. B. Gaskocher)
- Taschenlampen inkl. Batterien
- Radio (Batterie- oder Dynamobetrieb)
- Funktionsfähiger Feuerlöscher
- Dokumentenmappe
- Reisepass
- Personalausweis
- Geburts- & Heiratsurkunde



Die wichtigsten NOTRUF- & NOTFALLNUMMERN

Feuerwehr: 122 **Polizei:** 133
Rettung: 144 **Euronotruf:** 112

Bei Anrufen an eine Notrufnummer leiten Experten das Gespräch, dennoch sind folgende wichtige Informationen mitzuteilen:

- » **Wer** ruft an?
- » **Was** ist passiert?
- » **Wann** ist es passiert?
- » **Wie viele** verletzte bzw. betroffene Personen gibt es?
- » **Wo** wird Hilfe benötigt?



- » Bei einer Evakuierung kann die Plünderung verlassener Häuser nicht ausgeschlossen werden. Daher ist die Mitnahme der Dokumentenmappe sehr wichtig.
- » Besonders wertvolle Gegenstände oder Dokumente verwahrt man am besten in Bankschließfächern.
- » Regelmäßige Kontrolle der Hausapotheke.
- » 3 bis 4 Tage sollte jeder Haushalt ohne Einkaufen und Strom auskommen. Stellen Sie sich vor, was Sie auf einen Campingurlaub mitnehmen würden und lagern sie dies zu Hause ein.
- » Kontrollieren Sie selbst, wie gut sie für ein Blackout vorbereitet wären!

Weitere Informationen sowie Ratgeber finden Sie unter www.zivilschutzverband.at